

für sich sehr wichtigen Sache. Man kann sich vorstellen, wie die Präsenz bei den weiteren Geschäften gewesen wäre, wenn nicht ein Mitglied aus dem Rat nach vorne gegangen wäre und die Feststellung des Quorums verlangt hätte. Der Vizepräsident musste dann die Übung abbrechen, und am nächsten Morgen konnten wir um 8 Uhr nur über ein Geschäft abstimmen, nämlich über die Motion Sieber.

Bei der Motion Sieber wusste man wenigstens, worum es ging. Über alle übrigen Geschäfte hätte auch am nächsten Morgen abgestimmt werden sollen, ohne dass die meisten Parlamentarier überhaupt gewusst hätten, worum es geht. Sie hätten den Inhalt der Vorstösse nicht gekannt. Ich halte das für unseriös.

Wenn man persönliche Vorstösse nicht mehr haben will, soll man doch so ehrlich sein und sie in irgendeiner Weise abschaffen, aber sie nicht so unwürdig behandeln. Es macht auch gegenüber dem Volk einen schlechten Eindruck, wenn wir ganz klar demonstrieren, dass wir über etwas abstimmen, von dem wir gar nichts wissen. Es soll ja auch sonst in diesem Rat schon vorgekommen sein, dass man nicht gewusst hat, über was man abstimmt. Aber dies so offensichtlich zu demonstrieren, das möchte ich als Parlamentarier lieber unterlassen. Deshalb ist der erste Punkt meines Ordnungsantrages darauf ausgerichtet, dass wenigstens in Zukunft das Reglement ganz klar beachtet wird. Wenn Sie das Reglement zur Hand nehmen, werden Sie feststellen, dass Artikel 35 Absatz 3 klar vorschreibt, dass die persönlichen Vorstösse am zweiten und dritten Montag in jeder Session nach der Fragestunde behandelt werden müssen. Das Büro hat sich also über das Reglement hinweggesetzt und einfach etwas Neues angeordnet.

Der zweite Punkt meines Ordnungsantrages betrifft den nächsten Mittwoch abend. Ich sehe dasselbe Debakel voraus: Wenn wir das tatsächlich durchziehen, werden wir «fortlaufenden» Erfolg haben. Der Ordnungsantrag ist meiner Meinung nach nicht einfach ein Postulat; schliesslich sind es immer noch Sie im Rat, die darüber abstimmen dürfen, ob Sie einen solchen Unsinn gewärtigen wollen oder nicht; nicht das Büro ist massgebend, das schon einmal gezeigt hat, dass die persönlichen Vorstösse von minderer Bedeutung sind.

Noch etwas zu den persönlichen Vorstössen: Diese sind für einen Parlamentarier die einzige Möglichkeit, eine «Frühwarnung» durchzugeben. Wenn wir den einzelnen Parlamentariern die Möglichkeit nehmen, Tatbestände, die zu Problemen werden könnten, frühzeitig zu thematisieren und darüber auch unter möglichst grosser Beteiligung im Rat zu diskutieren, berauben wir uns selbst einer ureigenen parlamentarischen Möglichkeit: überhaupt mit neuen Ideen auftreten zu können und darüber eine Diskussion zu entfachen.

Ich bin kein Jurist und kann nicht entscheiden, ob das, was die Frau Präsidentin vorgeschlagen hat, richtig ist. Aber ich finde es nicht in Ordnung, dass wir nicht auch über den zweiten Ordnungsantrag abstimmen können, sondern dass er ans Büro zurückgeht.

Punkt 1 – Point 1

Präsidentin: Dieser Ordnungsantrag wird vom Büro als Postulat behandelt und beantwortet werden.

Punkt 2 – Point 2

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Wiederkehr	67 Stimmen
Dagegen	71 Stimmen

Wiederkehr Roland (U, ZH): Diese kurze Erklärung richtet sich als Frage an Sie, Frau Präsidentin, weil ich nicht mehr drauskomme. Sie haben mir gesagt, bevor ich hier gesprochen habe, dass Sie den ersten Punkt meines Ordnungsantrages als solchen akzeptieren könnten. Er lautete, dass das Büro beauftragt wird, in Zukunft für eine reglementsgemässe Behandlung der persönlichen Vorstösse zu sorgen. Sie haben mir auch gesagt, dass Sie den zweiten Punkt des Ordnungsantrages nur als Postulat akzeptieren könnten und man nicht darüber abstimmen könne, ob die Behandlung vom Mittwoch

auf einen anderen Tag verschoben werde oder nicht. Nun haben Sie genau das gemacht, wovon Sie vorhin gesagt haben, Sie könnten es nicht tun.

Präsidentin: Herr Wiederkehr, ich versuche, nochmals zu erklären, was ich bereits einmal erklärt habe: Ein Auftrag ans Büro, etwas generell zu prüfen und generell neu zu regeln – anders als bisher vorgeschlagen –, ist der typische Fall eines Postulates. Hingegen ist ein konkreter Antrag, das Sessionsprogramm zu ändern und einen Teil eines Tagesprogramms auf einen anderen Sitzungstag zu verschieben, ein Ordnungsantrag. Ich habe die beiden Punkte Ihres Ordnungsantrages entsprechend aufgeteilt und das, was in einen Ordnungsantrag kleidbar war, zur Abstimmung gebracht. Sie haben leider verloren – leider für Sie.

Wiederkehr Roland (U, ZH): Ich danke für die Erklärung. Ich möchte nur festhalten: Solche Missverständnisse sollte es eigentlich nicht geben – mea culpa. Wir sind uns aber gewärtig, dass am Mittwoch abend hier jemand nach vorne treten und das Quorum feststellen lassen kann. Die Übung wird dann wieder abgebrochen, wenn weniger als hundert Mitglieder des Rates anwesend sind.

Präsidentin: Herr Wiederkehr, wir werden auch diesen Tag so nehmen, wie er kommt. (*Heiterkeit*)

94.037

Chemiewaffenübereinkommen Convention sur les armes chimiques

Botschaft und Beschlussentwürfe vom 20. April 1994 (BBI III 1)
Message et projets d'arrêté du 20 avril 1994 (FF III 1)
Kategorie IV, Art. 68 GRN – Catégorie IV, art. 68 RCN

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Hess Otto (V, TG), Berichterstatter: Die Sicherheitspolitische Kommission Ihres Rates hat das Chemiewaffenübereinkommen und den Bundesbeschluss betreffend den Vollzug des Chemiewaffenübereinkommens am 29. August 1994 beraten und verabschiedet. Worum geht es?

Das Chemiewaffenübereinkommen ist das erste umfassende und verifizierbare Abrüstungsabkommen, das eine ganze Kategorie von grausamen Massenvernichtungswaffen überprüfbar verbietet. Es verpflichtet die Vertragsstaaten, keine chemischen Waffen zu entwickeln, herzustellen, irgendwo zu erwerben, zu lagern oder zurückzubehalten. Verboten ist es auch, irgend jemanden bei Aktivitäten zu unterstützen, die die Vertragsbestimmungen verletzen.

Das Chemiewaffenübereinkommen weist die bekannten Mängel früherer Abrüstungsabkommen nicht auf. Allen Vertragsstaaten werden zwingend die gleichen, ausgewogenen und verifizierbaren Verpflichtungen auferlegt. Staaten, die chemische Waffen besitzen, müssen diese unter internationaler Überwachung vernichten. Das Recht, jederzeit Verdachtsinspektionen beantragen zu können, eröffnet erstmals im Rahmen eines weltweiten Abrüstungsabkommens die Möglichkeit, beim Auftreten von Verdachten zweifelhaft Aktivitäten und Installationen auf dem Gebiet anderer Vertragsstaaten überprüfen zu lassen.

Sofern dieses zur Diskussion stehende Übereinkommen weltweit angewendet wird, führt es zur vollständigen Beseitigung der Chemiewaffenbestände und zur Kontrolle, ob keine neuen Chemiewaffen mehr produziert werden.

Für die Schweiz, die selber keine Chemiewaffen besitzt, ist es von grösster Wichtigkeit, dass dieses Übereinkommen von möglichst vielen Staaten unterzeichnet wird. Es trägt sehr wesentlich zur Erhöhung unserer eigenen Sicherheit bei. Es kann deshalb keine Frage sein, ob die Schweiz dieses Übereinkommen unterzeichnen soll. Es ist auch wichtig, dass wir dieses Vertragswerk beim ersten möglichen Termin mitunterzeichnen können. Aus diesem Grund wird die Vorlage in dieser Session von beiden Räten behandelt. Der erste mögliche Termin für die Ratifizierung ist der 13. Januar 1995.

Ihre Kommission hat denn auch mit 20 zu 0 Stimmen beschlossen, auf den Bundesbeschluss betreffend das Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen einzutreten und beantragt dem Rat mit 18 zu 0 Stimmen, diesem Bundesbeschluss zuzustimmen. Die Kommission hat den Entwurf, wie er uns in der bundesrätlichen Botschaft unterbreitet wurde, materiell unverändert übernommen. Sie hat lediglich eine kleine Ergänzung und eine redaktionelle Änderung vorgenommen; Sie ersehen das aus der ausgeteilten Fahne.

Im Ingress zum Bundesbeschluss über den Vollzug des Chemiewaffenübereinkommens wird nicht nur auf den Artikel 41 der Bundesverfassung, sondern auch auf den Artikel 64bis Bezug genommen. In Artikel 7, Rechtsschutz, wird das Wort «Beschwerdeentscheide» durch das Wort «Verfügungen» ersetzt.

Im übrigen ist die Kommission der einstimmigen Auffassung, dass der Vollzug des Chemiewaffenübereinkommens in einem allgemeinverbindlichen, befristeten Bundesbeschluss zu regeln ist, wie das in der Botschaft vorgeschlagen wird, und nicht in einem Bundesgesetz. Im Sinne einer möglichst grossen Vereinfachung der administrativen Abwicklung soll dieser Bundesbeschluss später in das neue Exportkontrollgesetz integriert werden.

Die Kommission hat den Bundesbeschluss betreffend den Vollzug des Chemiewaffenübereinkommens mit 20 zu 0 Stimmen gutgeheissen. Im Namen der einstimmigen Kommission beantrage ich Ihnen, dieser Vorlage ebenfalls zuzustimmen.

Sandoz Suzette (L, VD), rapporteur: Il est incontestable que la Convention sur les armes chimiques est importante. Elle est importante, non pas parce que nous aurions de telles armes, ou les fabriquerions – ce n'est pas le cas de la Suisse –, mais elle est importante parce qu'elle concerne la chimie, et parce que la Suisse est un pays dans lequel la chimie joue un rôle important. Il est donc extrêmement souhaitable que nous ratifions rapidement cette convention.

Toutefois, il n'est pas certain que l'on puisse dire, comme le fait le message, à la page 41 à laquelle je vous renvoie, qu'un retard dans la ratification porterait «un coup à notre prestige international». On peut dès lors se demander s'il était indispensable de prévoir une procédure d'urgence, c'est-à-dire de soumettre la convention aux deux Chambres en même temps pendant cette session.

La question peut se poser – quoique cette procédure ne soit pas du tout contestée par la commission – parce que la procédure d'urgence fait toujours courir certains risques, et qu'il y a précisément eu un petit couac à l'occasion de cette convention. Le petit couac – il est important d'en parler et de poser peut-être une règle, je dirais de courtoisie plutôt qu'une règle légale au sens étroit, sur la manière de procéder en cas de procédure d'urgence – était le suivant: bien que le Conseil national fût prioritaire, la commission du Conseil des Etats s'est, la première, penchée sur cette question. Et le Conseil des Etats a dû rendre publique sa décision, puisque les membres de la commission du Conseil national ont été avertis, par une lettre envoyée par des privés, de la décision qui avait été prise par la commission du Conseil des Etats. Il est évidemment inadmissible, lorsque le Conseil prioritaire n'a pas encore siégé, que la deuxième Chambre qui siège fasse déjà connaître publiquement sa décision, et que, de surcroît, cette décision ne soit communiquée aux membres de la première Chambre que par la voix publique, et même pas par l'intermédiaire d'un président.

Par conséquent, il nous semble nécessaire, la commission du Conseil national ayant été heurtée par cette procédure, de préciser deux points:

1. Lorsque la deuxième Chambre saisie décide, avant la première, elle ne rend pas ses décisions publiques, tant que la première n'a pas, elle-même, rendu publique sa décision.
2. S'il devait y avoir, dans la deuxième Chambre, une décision contraire sur des points importants du projet, il faudrait au moins que le président de la deuxième Chambre avertisse la commission du Conseil prioritaire de manière qu'elle puisse décider si elle veut, peut-être, entendre la motivation de la deuxième Chambre.

Il ne nous paraissait pas dénué d'intérêt d'apporter des précisions sur ce point, étant bien entendu encore que nous n'avons pas contesté sans cela, en commission, la procédure d'urgence.

Comme l'a dit le rapporteur de langue allemande, la commission, qui est entrée en matière à l'unanimité, a apporté deux petites modifications au texte de l'arrêté fédéral proposé: dans le préambule, elle a supprimé la référence à l'article 8 de la constitution, parce que cet article, qui fonde la compétence en matière de relations extérieures de la Confédération, ne peut pas fonder une compétence sur le plan interne. Par conséquent, il ne peut pas fonder la compétence de la Confédération en matière d'armes chimiques; cette compétence, la Confédération l'a à cause du droit interne qui est représenté par l'article 41 de la constitution. D'autre part, la commission a inclus une référence à l'article 64bis de la constitution, parce que des mesures pénales sont prévues par l'arrêté. Il faut donc une base constitutionnelle qui est celle de l'article 64bis. Quant à l'article 7 de l'arrêté, il ne comporte qu'une modification rédactionnelle, comme l'a fort bien dit le rapporteur de langue allemande.

C'est pourquoi, au nom de la commission unanime, je vous invite à entrer en matière puis à adopter, tel qu'il vous est proposé par la commission, le texte de l'arrêté fédéral.

Cotti Flavio, Bundesrat: Nachdem im Nationalrat bezüglich des Chemiewaffenübereinkommens und dessen Ratifizierung durch die Schweiz Einstimmigkeit zu herrschen scheint, kann ich mich kurz fassen. Ich stelle nach der öffentlichen Debatte über das Rassismusgesetz fest, dass gegen ein Abkommen im Rahmen der Uno für einmal keine Einwände erhoben werden. Ich freue mich ausserordentlich darüber.

Ich betone, dass dieses Übereinkommen aus Schweizer Sicht einen grossen Fortschritt darstellt, weil es eine ganze Kategorie von Massenvernichtungswaffen umfasst, die nun kontrollierbar verboten werden. Der Vertrag entspricht voll und ganz unseren Abrüstungskriterien, die nicht nur eine Normierung voraussetzen, sondern auch eine Bereitschaft, diese Normierung systematisch zu kontrollieren.

Das Übereinkommen ist für die Schweiz auch von grosser Bedeutung, weil die chemische Industrie in unserem Land traditionell eine sehr grosse Rolle spielt. Ich freue mich, dass die chemische Industrie voll und ganz hinter dem Abkommen steht.

Ich füge noch hinzu, dass die zwei Anträge der nationalrätlichen Kommission vom Bundesrat unterstützt werden. Ich werde dazu das Wort nicht mehr ergreifen.

Ich bin ausserordentlich froh, dass das vom Bundesrat vorgeschlagene Vorgehen von der Kommission übernommen wird und dass sie den vorgesehenen Bundesbeschlusses unterstützt, der dann von der neuen Gesetzgebung abgelöst werden kann.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

*Detailberatung – Discussion par articles***A. Bundesbeschluss betreffend das Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen****A. Arrêté fédéral concernant la Convention sur l'interdiction de la mise au point, de la fabrication, du stockage et de l'emploi des armes chimiques et sur leur destruction****Titel und Ingress, Art. 1–2***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1–2*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté**Namentliche Gesamtabstimmung**Vote sur l'ensemble, par appel nominal**Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:*

Allenspach, Aregger, Baumann, Bäumlín, Béguelin, Berger, Bezzola, Binder, Bodenmann, Borel François, Borradori, Brügger Cyrill, Bühler Simeon, Bühlmann, Bundi, Bürgi, Camponovo, Cincera, Comby, Cornaz, Danuser, Darbellay, de Dardel, Deiss, Dettling, Diener, Ducret, Duvoisin, Eggenberger, Eggly, Engler, Eymann Christoph, Fankhauser, Fasel, Fehr, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Frey Claude, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Früh, Gobet, Gonseth, Graber, Gros Jean-Michel, Haering Binder, Hafner Ursula, Hari, Hess Otto, Hollenstein, Hubacher, Jäggi Paul, Keller Anton, Kern, Leemann, Leuba, Loeb François, Maeder, Mamie, Maspoli, Meier Hans, Meier Samuel, Misteli, Moser, Mühlemann, Perey, Philipona, Pini, Rohrbasser, Ruckstuhl, Rutishauser, Rychen, Sandoz, Savary, Scherrer Jürg, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmid Samuel, Schmidhalter, Schmied Walter, Schweingruber, Seiler Hanspeter, Sieber, Spielmann, Spoerry, Stalder, Stamm Luzi, Steffen, Steiger Hans, Steinemann, Theubet, Thür, Tschuppert Karl, Vetterli, Wick, Wyss William (96)

Abwesend sind – Sont absents:

Aguet, Aubry, Bär, Baumberger, Bircher Peter, Bischof, Blatter, Blocher, Bonny, Borer Roland, Bortoluzzi, Brunner Christiane, Bugnon, Bühler Gerold, Caccia, Carobbio, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, Chevallaz, Columberg, Couchepin, David, Dormann, Dreher, Dünki, Epiney, von Felten, Fischer-Hägglingen, Frey Walter, Giezendanner, Giger, Goll, Grendelmeier, Gross Andreas, Grossenbacher, Gysin, Hafner Rudolf, Haller, Präsidentin, Hämmerle, Heberlein, Hegetschweiler, Herczog, Hess Peter, Hildbrand, Iten Joseph, Jaeger, Jeanprêtre, Jenni Peter, Jöri, Keller Rudolf, Kühne, Ledergerber, Lepori Bonetti, Leu Josef, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Maitre, Marti Werner, Matthey, Mauch Rolf, Mauch Ursula, Maurer, Meyer Theo, Miesch, Müller, Nabholz, Narbel, Nebiker, Neuenschwander, Oehler, Ostermann, Pidoux, Poncet, Raggenbass, Rechsteiner, Reimann Maximilian, Robert, Ruf, Ruffy, Scherrer Werner, Schnider, Schwab, Segmüller, Seiler Rolf, Stamm Judith, Steinegger, Steiner Rudolf, Strahm Rudolf, Stucky, Suter, Tschäppät Alexander, Tschopp, Vollmer, Wanner, Weder Hansjürg, Weyeneth, Wiederkehr, Wittenwiler, Zbinden, Ziegler Jean, Zisyadis, Züger, Zwahlen, Zwygart (103)

Präsidentin, stimmt nicht – Présidente, ne vote pas:

Haller

(1)

B. Bundesbeschluss betreffend den Vollzug des Chemiewaffenübereinkommens**B. Arrêté fédéral concernant l'exécution de la Convention sur les armes chimiques****Titel***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Ingress***Antrag der Kommission*

.... Eidgenossenschaft, gestützt auf Artikel 41 und 64bis der Bundesverfassung,

Préambule*Proposition de la commission*

.... suisse, vu les articles 41 et 64bis de la constitution,

*Angenommen – Adopté***Art. 1–6***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 7***Antrag der Kommission*

Verfügungen, die auf diesen

Art. 7*Proposition de la commission*

Les décisions fondées sur le

*Angenommen – Adopté***Art. 8–18***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté**Namentliche Gesamtabstimmung**Vote sur l'ensemble, par appel nominal**Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:*

Allenspach, Aregger, Baumann, Bäumlín, Béguelin, Berger, Bezzola, Binder, Bodenmann, Borradori, Brügger Cyrill, Bugnon, Bühler Simeon, Bühlmann, Bundi, Bürgi, Camponovo, Cincera, Comby, Cornaz, Darbellay, de Dardel, Deiss, Diener, Ducret, Duvoisin, Eggenberger, Engler, Eymann Christoph, Fankhauser, Fasel, Fehr, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Früh, Gobet, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Haering Binder, Hafner Ursula, Hari, Hess Otto, Hollenstein, Hubacher, Jäggi Paul, Keller Anton, Kern, Leemann, Leuba, Loeb François, Maeder, Mamie, Maspoli, Meier Hans, Meier Samuel, Misteli, Moser, Mühlemann, Perey, Philipona, Pini, Rohrbasser, Ruckstuhl, Rutishauser, Rychen, Sandoz, Savary, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmidhalter, Schmied Walter, Schweingruber, Seiler Hanspeter, Sieber, Spoerry, Stalder, Stamm Luzi, Steffen, Steiger Hans, Steinemann, Theubet, Thür, Tschuppert Karl, Vetterli, Weder Hansjürg, Wick, Wyss William (94)

Abwesend sind – Sont absents:

Aguet, Aubry, Bär, Baumberger, Bircher Peter, Bischof, Blatter, Blocher, Bonny, Borel François, Borer Roland, Bortoluzzi, Brunner Christiane, Bühler Gerold, Caccia, Carobbio, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, Chevallaz, Columberg, Couchepin, Danuser, David, Dettling, Dormann, Dreher, Dünki, Eggly, Epiney, von Felten, Fischer-Hägglingen, Frey Claude, Frey Walter, Giezendanner, Giger, Goll, Gross Andreas, Gysin, Hafner Rudolf, Hämmerle, Heberlein, Hegetschweiler, Herzog, Hess Peter, Hildbrand, Iten Joseph, Jaeger, Jeanprêtre, Jenni Peter, Jöri, Keller Rudolf, Kühne, Ledergerber, Lepori Bonetti, Leu Josef, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Maître, Marti Werner, Matthey, Mauch Rolf, Mauch Ursula, Maurer, Meyer Theo, Miesch, Müller, Nabholz, Narbel, Nebiker, Neuenschwander, Oehler, Ostermann, Pidoux, Poncet, Raggenbass, Rechsteiner, Reimann Maximilian, Robert, Ruf, Ruffy, Schmid Samuel, Schnider, Schwab, Segmüller, Seiler Rolf, Spielmann, Stamm Judith, Steinegger, Steiner Rudolf, Strahm Rudolf, Stucky, Suter, Tschäppät Alexander, Tschopp, Vollmer, Wanner, Weyeneth, Wiederkehr, Wittenwiler, Zbinden, Ziegler Jean, Zisyadis, Züger, Zwahlen, Zwygart (105)

Präsidentin, stimmt nicht – Présidente, ne vote pas:

Haller (1)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

94.001

**Europarat.
Bericht des Bundesrates
Conseil de l'Europe.
Rapport du Conseil fédéral**

Bericht vom 19. Januar 1994 (BBI I 569)
Rapport du 19 janvier 1994 (FF I 553)

Beschluss des Ständerates vom 15. Juni 1994
Décision du Conseil des Etats du 15 juin 1994

Kategorie IV, Art. 68 GRN – Catégorie IV, art. 68 RCN

94.009

**Parlamentarierdelegation
beim Europarat.
Zusatzbericht
Délégation parlementaire
auprès du Conseil de l'Europe.
Rapport complémentaire**

Beschluss des Ständerates vom 15. Juni 1994
Décision du Conseil des Etats du 15 juin 1994

Kategorie IV, Art. 68 GRN – Catégorie IV, art. 68 RCN

Columberg Dumeni (C, GR) présente au nom de la Délégation parlementaire suisse auprès du Conseil de l'Europe le rapport écrit complémentaire suivant sur la 44e session ordinaire de l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe (*deutscher Wortlaut siehe Amtliches Bulletin des Ständerates, Sommersession 1994, Seite 682*):

1. Introduction

Au printemps 1993, l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe a décidé de faire coïncider à partir de 1994 la session parlementaire – qui, jusqu'ici, se déroulait du printemps au printemps de l'année suivante – avec l'année civile. Ceci a eu pour conséquence de prolonger ladite session parlementaire jusqu'en janvier 1994.

Le présent rapport de la Délégation parlementaire suisse auprès du Conseil de l'Europe porte donc sur la période restante de sa 44e session prolongée. Par rapport au dernier rapport présenté par la délégation, aucun changement n'est intervenu en ce qui concerne la composition de la délégation. Il en est de même des fonctions assumées par ses membres, à l'exception des deux modifications suivantes:

M^{me} Robert, conseillère nationale, a été désignée représentante de l'Assemblée parlementaire dans la Commission spéciale chargée de préparer la Conférence européenne sur l'environnement à Sofia en 1995; depuis le printemps 1993, elle fait partie de la Commission ad hoc de l'Assemblée parlementaire relative à l'égalité entre hommes et femmes.

L'adaptation de la période de la session à l'année civile a pour conséquence en outre que la Délégation suisse présentera désormais son rapport ordinaire, à commencer par ce rapport complémentaire, non plus lors de la session d'été des Chambres fédérales, mais lors de la session de printemps.

2. Vue d'ensemble

2.1 Points principaux de la période restante de la 44e session prolongée de l'Assemblée parlementaire faisant l'objet de ce rapport (mai-décembre 1993)

Le Sommet de Vienne des 8 et 9 octobre 1993, réunissant pour la première fois les chefs d'Etat et de gouvernement des Etats membres du Conseil de l'Europe, a été incontestablement le point le plus marquant de la période restante de la 44e session prolongée de l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe. Il a permis de définir et de renforcer le rôle de cette organisation, en particulier dans l'instauration d'un espace européen de sécurité démocratique et d'Etat de droit («Déclaration de Vienne»). Pour atteindre ce but, les chefs d'Etat et de gouvernement ont décidé notamment les mesures suivantes:

- la fusion – pour une efficacité croissante – des instances de contrôle (la Commission et la Cour des droits de l'homme) de la Convention européenne des droits de l'homme (Cedh) en une cour unique, permanente et composée de chambres;
- l'élaboration de deux instruments juridiques en faveur de la protection des minorités (un protocole additionnel à la Cedh et une convention-cadre);
- l'adoption d'un plan d'action de lutte contre le racisme, la xénophobie, l'antisémitisme et l'intolérance;
- une révision du Statut du Conseil de l'Europe.

La délégation a appris avec grande satisfaction que notre pays a été représenté à ce sommet par le président de la Confédération et par le ministre des affaires étrangères.

Comme vous pourrez le constater à la lecture du présent rapport, l'Assemblée parlementaire s'est engagée avec succès dans les travaux préparatoires du Sommet de Vienne; elle participera activement aux différentes étapes du suivi du Sommet de Vienne.

Depuis la parution de notre dernier rapport, les récentes adhésions de plusieurs pays de l'ancienne Europe de l'Est au Conseil de l'Europe – soit celles de l'Estonie, la Lituanie, la Slovaquie, la République tchèque, la Slovaquie et la Roumanie – ont porté le nombre des membres du Conseil de l'Europe à 32. Les demandes d'adhésion de l'Albanie, de la Croatie, de la Lettonie, de la Moldova, de la Russie, de l'Ukraine et de la Bélarus sont encore en suspens.

D'autres points importants ont été les débats basés sur les rapports établis par des membres de la délégation sur:

- la situation dans l'ex-Yougoslavie;
- la création d'un tribunal international pour juger les violations graves du droit humanitaire et la création d'un mécanisme pour la protection des droits de l'homme dans des Etats européens non membres du Conseil de l'Europe;
- les questions d'environnement (protection et gestion des ressources en eau douce en Europe; gestion, traitement, recyclage et commercialisation des déchets).

Chemiewaffenübereinkommen

Convention sur les armes chimiques

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1994
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	06
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	94.037
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	26.09.1994 - 14:30
Date	
Data	
Seite	1450-1453
Page	
Pagina	
Ref. No	20 024 445

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.